

➔ PALÄSTINA

USA planen Block gegen Palästinenser

Mahmud Abbas warnt vor einer sehr schwierigen Situation

New York. Wenige Tage vor dem Antrag der Palästinenser auf Anerkennung eines eigenen Staates bei den UN hat Palästinenserpräsident Mahmud Abbas vor einer „sehr schwierigen Situation“ gewarnt. Das palästinensische Volk und seine Führung würden nach dem Antrag „schwere Zeiten“ durchleben, sagte Abbas am Montag in New York voraus. Abbas will am Freitag einen Antrag Palästinas auf Anerkennung als eigenständiger Staat in den Grenzen von 1967 stellen. Der neue Staat soll das Westjordanland, den Gazastreifen und Ost-Jerusalem als Hauptstadt umfassen. Israel lehnt den Schritt strikt ab und befürchtet, dass dieser Unruhen in der Nahost-Region auslösen könnte.

In den nächsten Tagen solle nach einem Weg gesucht werden, der „das legitime Streben“ nach einem eigenständigen Palästinenserstaat über direkte Verhandlungen mit den Israelis ermögliche, sagte der Sondergesandte des Nahost-Quartetts, Großbritanniens Ex-Premier Tony Blair. Ziel sei es, eine Erklärung auf den Weg zu bringen, „die

Ich glaube, dass es möglich ist, die Gräben zu überbrücken

Tony Blair

es den Palästinensern erlaubt, zu den Vereinten Nationen zu gehen und ihren Wunsch nach Eigenstaatlichkeit vorzubringen“. Sie solle als „Referenzrahmen“ für Verhandlungen dienen. „Ich glaube, dass es möglich ist, die Gräben zu überbrücken und zu einem solchen Dokument zu gelangen“, sagte Blair.

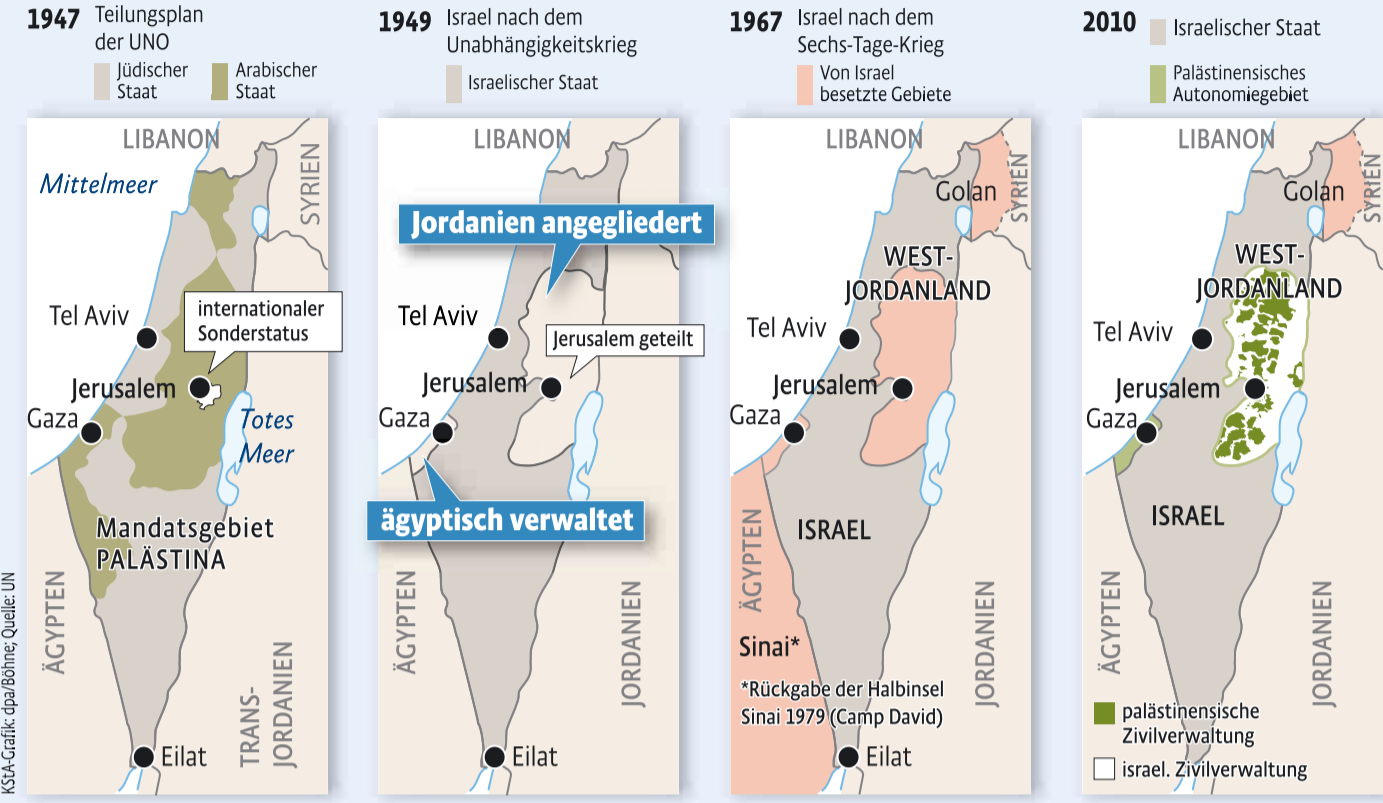
Die USA bemühen sich nach Angaben des israelischen UN-Botschafters intensiv um einen „Block“ von sieben Staaten im UN-Sicherheitsrat, um die Aufnahme Palästinas als UN-Vollmitglied zu verhindern. Botschafter Ron Prossor sagte dem israelischen Rundfunk, nach seinen Informationen habe sich Portugal noch nicht entschieden, wie es abstimmen wolle. Ein solcher „Block“ würde den USA im Weltsicherheitsrat ein Veto ersparen. Neben Israel lehnt auch die radikalislamische Hamas im Gazastreifen eine UN-Vollmitgliedschaft der Palästinenser ab. (dpa, apf)

Rückkehr nach Kairo

Entspannung: Zehn Tage nach der Erstürmung der israelischen Botschaft in Kairo durch gewalttätige Demonstranten sind am Montag die ersten israelischen Diplomaten in die ägyptische Hauptstadt zurückgekehrt. Unter den vier Beamten seien der Konsul und der Sicherheitschef der Botschaft gewesen, hieß es am Kairoer Flughafen.

Infolge der Ausschreitungen war das Botschaftspersonal nach Israel ausgeflogen worden. Der Botschaftssturm hatte einen Tiefpunkt im Verhältnis zwischen Ägypten und Israel markiert. (dpa)

Israel und Palästinenser



Kampf um Anerkennung

Seit 1947 streben die arabischen Bewohner zwischen Sinai und Libanon nach einem eigenen Staat

VON MICHAEL HESSE

Köln. Das palästinensische Vorhaben, einen Staat auszurufen, ist gar nicht so neu. Sie taten es schon mehr als einmal: „Im Jahr 1988 erhielten wir die Anerkennung von über 100 Staaten“, betont Sari Nusseibeh. Dass die erneute Ausrufung in einem Drama enden könnte, ist dem Präsidenten der Al-Quds-Universität in Ost-Jerusalem nur allzu bewusst. „Natürlich müssen wir der Realität ins Auge sehen: Wir sind ein besetztes Land, auch wenn wir jetzt den Staat ausrufen. Aber nichtsdestotrotz müssen wir uns nach vorne bewegen“, sagt er dem „Köln Stadt-Anzeiger“.

Der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 ging ein Krieg voraus, der auf israelischer Seite als Unabhängigkeitskrieg, auf arabischer Seite als „Nakba“, die Katastrophe, in das Geschichtsbewusstsein

ging. Kern des Nahost-Konflikts ist die Konkurrenz zwischen Israelis und Palästinensern um das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer. Israels Souveränität erstreckt sich auf 78 Prozent dieses Gebiets; über 22 Prozent herrscht Israel seit 1967 als Besatzungsmacht.

Im Schatten des Entsetzens

Die Jahre vor der Staatsgründung, von 1945 bis 1948, waren geprägt von einer Situation im Schatten des Entsetzens der Welt über die Shoah. In Palästina wurden Fakten geschaffen, die für die einen den Triumph in Form eines Nationalstaats und eines militärischen Sieges, für die anderen jedoch bis heute eine Katastrophe bedeuten. Die Folge war der jüdisch-arabische Krieg. Im Februar 1947 kündigte der britische Außenminister als Vertreter der britischen Mandatsmacht an, die Palästinafrage

an die UN abzugeben. Die Mehrheit stimmte in einer Abstimmung der UN-Vollversammlung für die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Teil. Die Bestimmungen der UN-Resolution waren jedoch mit größeren Problemen behaftet. Sie teilten das Land in sieben Stücke, drei arabische, drei jüdische und ein internationales (Jerusalem). Doch keine der beiden nationalen Einheiten machte geopolitisch Sinn, denn sie hatten keine natürlichen Grenzen und waren unmöglich zu verteidigen. Als nationale Bewegung wurden die Palästinenser lange Zeit nicht anerkannt; dies sollte sich erst nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 ändern. Bereits 1964 war die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet worden. Ihr Führer, Jassir Arafat schlug 1974 vor der 29. UN-Generalversammlung in New York erste versöhnliche Töne gegenüber dem jü-

dischen Staat an. Die UN erkannte daraufhin das Recht des palästinensischen Volkes auf „nationale Unabhängigkeit“ und „Souveränität“ an. Auf der Basis gegenseitiger Anerkennung kamen Israel und die PLO 1993 überein, eine Lösung des Konflikts zu suchen. Die Verhandlungen führten zu einer eingeschränkten Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen. Die Erwartung der PLO, dass die Autonomie in die Eigenstaatlichkeit führen würde, erfüllte sich nicht. Im Juli 2000 scheiterten Verhandlungen über ein Abkommen. Die Enttäuschung mündete in einem mehrjährigen Aufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung: der zweiten Intifada.

Die internationale Diplomatie konzentrierte sich daraufhin auf einen Stufenplan, der eine Zwei-Staaten-Lösung vorsieht. Bis heute ohne Erfolg.

„Ich halte einen Zwischenschritt für ratsam“

Kerstin Müller (Grüne) kritisiert die Blockade der Israelis und den Populismus Erdogans

Frau Müller, die Palästinenser wollen von den UN als Staat anerkannt werden. Was halten Sie davon?

KERSTIN MÜLLER: Grundsätzlich befürworten die Grünen einen Palästinenserstaat. Aber in der jetzigen unruhigen und unübersichtlichen Situation halte ich einen Zwischenschritt für ratsam, bei dem die Palästinenser zunächst den sogenannten Vatikansstatus bei der Generalversammlung beantragen, das heißt den Status eines „permanenten Nicht-Mitgliedes“. Den weitergehenden Antrag werden die USA als eine Provokation ansehen und sicher mit einem Veto blockieren.

Was konkret stört denn die USA?

MÜLLER: Die Amerikaner streben, wie wir, eine verhandelte Zwei-Staatenlösung an. Das Problem jedoch ist, dass substantielle Verhandlungen zur Zeit von Israel blockiert werden und stattdessen der illegale Siedlungsbau intensiviert wird.

Israel macht Sicherheitsfragen geltend...

MÜLLER: Natürlich ist die Sicherheitslage für Israel in der Region schwieriger geworden. Aber trotzdem halte ich die Reaktion der israelischen Regierung für falsch: Warum geht man gerade in dieser Situation nicht auf die Palästinenser zu und versucht, sich im Wege von Verhandlungen zu einigen? Das würde den Druck von der Straße nehmen. Selbst in Israel gibt es ja viel Kritik an der unnachgiebigen Haltung der Netanjahu-Regierung.

Der türkische Premier Erdogan ist dabei, in der arabischen Welt Stimmung gegen Israel zu machen und einem palästinensischen Staat das Wort zu reden. Ein zusätzlicher Funke im Pulverfass Nahost?

MÜLLER: Es war schon ein politischer Fehler, wie die Israelis zum Beispiel auf die Gaza-Flottille reagiert haben. Damit hat sich die Situation in der vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt hat. Das Fatale: Türkei und Israel waren bis dahin immer wichtige strategische Partner in der Region, was natürlich gerade in diesen Umbruchzei-

Zur Person



Kerstin Müller ist außenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen. In der rot-grünen Bundesregierung war die Kölnerin Staatssekretärin im Auswärtigen Amt.

ten beruhigend gewirkt hätte.

Wir hatten zu Erdogan gefragt ...
 MÜLLER: Ganz klar: Beide Seiten haben ihren Anteil an der massiven Verschlechterung des Verhältnis. Beim türkischen Premier werde ich den Eindruck nicht los, dass er den EU-Beitritt abgeschrieben hat und nun versucht, die politische und ökonomische Vormachtstellung der Türkei im Nahen und Mittleren Osten auszubauen. Dazu

bemüht er auch das „Feindbild Israel“. Das ist ein sehr gefährlicher Populismus.

Bauen Sie noch auf die Türkei als Vermittler?

MÜLLER: Man sollte die Türkei nicht verloren geben, zumal sie seit dem arabischen Frühling mehr denn je als Modell eines modernen Islam angesehen wird und daher eine wichtige Brücke zum Nahen Osten sein kann. Das heißt für die EU: Weiter den Beitritt anbieten. Wir müssen Erdogan klarmachen, dass der Populismus auf Kosten der Israelis nicht akzeptabel ist. Während der Arabischen Revolution hat der Antisemitismus bislang überhaupt keine Rolle gespielt. Große Teile der Ägypter, wie etwa Blogs zeigen, haben sich von den Angriffen auf die israelische Botschaft distanzieren. An die Adresse Erdogans heißt es dort: Hier will uns jemand die Revolution rauben. Was der türkische Premier da macht, ist inakzeptabel.

Das Gespräch führten Thomas Geisen und Wolfgang Wagner

Obama provoziert Republikaner

SPARPROGRAMM
 US-Präsident will sich als Anwalt des kleinen Mannes profilieren

VON ANDREAS GELDNER

Washington. Kaum ist das Drama um das Schuldenlimit überstanden, bewegen sich die USA schon wieder auf einen politischen Showdown zu. Bis zum 23. Dezember müssen sich US-Präsident Barack Obama und die Republikaner auf massive Haushaltskürzungen einigen, sonst treten im Sommer vereinbarte automatische Mechanismen in Kraft, die einen Kahlschlag etwa im Verteidigungshaushalt radikal erzwingen.

Obama hat am Montag einen auf zehn Jahre angelegten Sanierungsplan für den US-Haushalt im Volumen von drei Billionen Dollar (rund 2,2 Billionen Euro) vorgelegt, die zu schon rechtskräftig beschlossenen 900 Millionen Dollar hinzukommen sollen. Damit hat er die bisherige zwischen Demokraten und Republikanern vereinbarte Zielmarke mehr als verdoppelt. Dies werde allerdings ohne höhere staatliche Einnahmen nicht funktionieren. „Wir kommen aus diesem Loch nicht allein durch Einsparungen heraus“, sagte Obama: „Wir können nicht die Mittelklasse und die Armen allein die Last tragen lassen.“

Politischer Kontrast

Den Republikanern warf er vor, durch ihre strikte Blockade jeglicher Steuererhöhungen die sich verschärfende Ungerechtigkeiten zu zementieren. Eine von Obama geforderte „Reichensteuer“ wird angesichts des Widerstandes der Republikaner aber wohl kaum Gesetz werden. Doch Obama geht es um den politischen Kontrast, nicht um ein reales Gesetz. Der Vorschlag ist zudem Verhandlungsmasse für Zugeständnisse an anderer Stelle. In dem Billionenpaket sind nämlich auch ein paar Stichworte enthalten, die der Opposition entgegenkommen. So schlägt Obama etwa Einsparungen von 300 Milliarden Dollar bei der Krankenversicherung für Rentner und Bedürftige vor – ein Lieblingsthema der Republikaner – und will im Gegenzug für niedrigere Unternehmenssteuersätze einige Steuerschlupflöcher stopfen. Mit weiteren Einsparungen rechnet er durch Beendigung der Kriege im Irak und Afghanistan.

Dass Obama den Haushalt zur Hälfte durch höhere Einnahmen sanieren will, ist gegenüber den Republikanern eine Provokation. Doch Obama will sich nun für den Präsidentschaftswahlkampf als Anwalt des kleinen Mannes neu erfinden – und sei es um den Preis, dass seine politischen Konzepte teilweise nur Wunschzettel sind. Die Wahl 2012 werde einen eindeutigen Kontrast ermöglichen: „Wenn wir uns die ansehen, wohin sich die Republikaner bewegen, dann sehen wir eine Partei, die eine fundamental andere Vision hat, wie Amerika sein sollte.“



US-Präsident Barack Obama am Montag in Washington

BILD: RTR